



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

—

Fraktion DIE LINKE

Russlandsanktionen beenden - die deutsch-russische Wirtschaftszusammenarbeit und die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit stärken!

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/612**

Der Landtag wolle beschließen:

Kollektive Sicherheitsgarantien statt Wirtschaftssanktionen

Die bisherigen von der EU ausgesprochenen Sanktionen gegen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation haben keines der damit verbundenen Ziele erreicht. Die Situation an der russisch-ukrainischen Grenze spitzt sich weiter zu. Der Konflikt droht militärisch weiter zu eskalieren und andere Länder in diesen Konflikt mit hineinzuziehen. Einziges Ergebnis der Wirtschaftssanktionen ist bis jetzt, eine ökonomische Schwächung Russlands zulasten der dortigen Bevölkerung und eine Beeinträchtigung der ökonomischen Entwicklungschancen insbesondere in Ostdeutschland. Innenpolitisch haben die Sanktionen in Russland eher zu einer weiteren Ausprägung des Autoritarismus, einer Verstärkung nationalistischer Tendenzen und großrussischer Ideologien geführt. Sie sind damit vollständig gescheitert und müssen beendet werden.

Eine wirkliche Entspannung im Verhältnis zwischen der EU und Russland sowie zwischen Russland und seinen westlichen Nachbarstaaten kann es nur in einer neuen Sicherheitsarchitektur im Rahmen der OSZE geben, in der Sicherheitsgarantien für Russland im gleichen Maße verhandelt werden wie die Sicherheitsgarantien auf der russischen Seite gegenüber seinen westlichen Nachbarstaaten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat in diesem Sinne tätig zu werden.

Begründung

erfolgt mündlich.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende